

# Bericht

des

## Schweizerischen Bundesgerichts an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1949

(Vom 6. Februar 1950)

---

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Wir haben die Ehre, Ihnen gemäss Artikel 21 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege über die Tätigkeit des Bundesgerichts im Jahre 1949 Bericht zu erstatten.

### A. Allgemeines

In der personellen Zusammensetzung des Bundesgerichts ist im Berichtsjahr keine Änderung eingetreten.

Am 11. Dezember 1949 gedachte das Gericht des 25jährigen Amtsjubiläums seines Mitgliedes Dr. Hans Steiner durch Überreichung einer Glückwunsch- und Dankadresse.

In der eidgenössischen Oberschätzungskommission schied im Dezember das durch das Bundesgericht gewählte Mitglied, Herr Dr. ing. h. c. F. Rothpletz in Aarau, durch den Tod aus; seine Ersetzung fällt in das neue Geschäftsjahr.

Mit Bundesbeschluss vom 13. Juni 1949 erhöhten die eidgenössischen Räte auf dringendes Ersuchen des Bundesgerichts die Höchstzahl der Gerichtsschreiber von 7 auf 8, die der Sekretäre von 9 auf 10 (AS 1949, 539). Das Bundesgericht hat bis jetzt von dieser Ermächtigung insoweit Gebrauch gemacht, als es auf 1. August 1949 einen weiteren Sekretär gewählt und auf 1. Januar 1950 einen der bisherigen Sekretäre zum Gerichtsschreiber befördert, somit die Zahl der Protokollführer von 16 auf 17 vermehrt hat.

Das Bundesgericht erliess ein Kreisschreiben an die Regierungen und Obergerichte der Kantone (vom 16. Februar 1949) über die Streitwertangabe in den der Berufung unterliegenden Streitigkeiten im Verfahren vor den kantonalen Behörden gemäss Artikel 51, Absatz 1, lit. a, OG (BGE 75<sup>2</sup> 75 ff.),

sowie ein Kreisschreiben an die kantonalen Aufsichtsbehörden über Schuldbetreibung und Konkurs (vom 12. Juli 1949) über die Führung des Betreibungsbuches in Kartenform (BGE 75<sup>3</sup> 33 ff.).

In Ausführung von Artikel 160 OG stellte das Gericht einen Tarif über die Entschädigungen an die Gegenpartei für das Verfahren vor dem Bundesgericht (Anwaltstarif, vom 21. Dezember 1949) auf, der am 1. Januar 1950 in Kraft getreten ist (AS 1950, 52).

Vernehmlassungen wurden erstattet:

dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement

zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes (betreffend Weiterziehung letztinstanzlicher kantonalen Entscheide über den Einspruch gemäss Art. 6 a ff.),

zum Entwurf einer Verordnung des Bundesrates über die Gläubigergemeinschaft bei Anlehensobligationen,

über die Frage der Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Uhrenindustrie,

der eidgenössischen Finanzverwaltung zum Entwurf einer Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Bundesgesetzes über die Sicherstellung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern (betreffend Aussonderungsrecht des Bundes).

Im ordentlichen Geschäftsbereich des Bundesgerichts ist die Gesamtzahl der neu eingegangenen Fälle neuerdings gestiegen, nämlich von 2258 im Jahre 1948 auf 2319 im Berichtsjahre, also um 61 Geschäfte. Es nahmen zu: die Strafsachen um 21, die staatsrechtlichen Streitigkeiten um 29 und die Schuldbetreibungsrekurse um 52 Fälle. Ein Rückgang ist einzig bei den verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten — um 37 — festzustellen, während die Berufungen sich auf dem Stande des Vorjahres gehalten haben. Die Zahl der erledigten Geschäfte ist von 2214 auf 2377, also stärker als die der Neueingänge, gestiegen, was sich in einer Verminderung der Zahl der Übertragungen auf das laufende Jahr (—58) äussert.

Die Kammer zur Beurteilung von Klagen auf Rückerstattung in kriegsbesetzten Gebieten weggenommener Vermögenswerte (Raubgutkammer) übernahm vom Vorjahre 687 Geschäfte, wozu im Berichtsjahre 9 aus erledigten Fällen hervorgegangene Regressklagen kamen. Von diesen insgesamt 696 hängigen Geschäften wurden im Berichtsjahr 79 erledigt, so dass 617 Fälle auf 1950 zu übertragen waren. Die im letztjährigen Geschäftsbericht erwähnten Vergleichsverhandlungen mussten auf Begehren der Vertretung der holländischen Kläger wegen ihres Bedürfnisses nach weiterer Abklärung der tatsächlichen Grundlagen ihrer Ansprüche eingestellt und konnten bis Jahresende noch nicht wieder aufgenommen werden.

## Zahl der Sitzungen im Jahre 1949

Gesamtgericht . . . . .	2
I. Zivilabteilung . . . . .	22
II. Zivilabteilung . . . . .	37
Staatsrechtliche Kammer . . . . .	34
Verwaltungsrechtliche Kammer . . . . .	20
Kassationshof . . . . .	24
Schuldbetreibungs- und Konkurskammer . . . . .	4
Anlagekammer . . . . .	5
Bundesstrafgericht . . . . .	11
	Total <u>159</u>

Statistik über die Erledigungen von 1945 bis 1949

Natur der Streitsache	1945			1946			1947			1948			1949			Auf 1950 übertragen
	Von 1944 übertragen	Neu eingegangen	Erliegt	Von 1945 übertragen	Neu eingegangen	Erliegt	Von 1946 übertragen	Neu eingegangen	Erliegt	Von 1947 übertragen	Neu eingegangen	Erliegt	Von 1948 übertragen	Neu eingegangen	Erliegt	
<i>I. Zivilsachen:</i>																
1. Erst- u. letztinstanzlich zu beurteilende Zivilsachen	13	18	10	21	8	16	13	9	9	13	10	7	16	9	14	11
2. Berufungen gegen Urteile kantonaler Gerichte	63	358	338	83	948	363	68	341	338	71	390	378	83	393	418	58
3. Zivilrechtl. Beschwerden (aOG)	8	3	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nichtigkeitsbeschwerden (rev. OG)	—	7	4	3	12	14	1	11	9	3	11	10	4	7	9	2
4. Andere Zivilsachen (Revisions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren)	—	20	18	2	4	4	2	9	8	3	11	9	5	11	12	4
5. Rekurse in Expropriationssachen	14	14	19	9	10	5	14	6	9	11	15	8	18	10	18	10
<i>II. Strafsachen</i>	25	404	402	28	457	460	25	531	523	33	519	499	53	540	527	66
<i>III. Staatsrechtliche Streitigkeiten</i>	132	776	751	157	933	881	209	919	939	189	858	874	173	887	890	170
<i>IV. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten</i>	78	303	298	83	348	335	96	259	283	72	302	294	80	265	275	70
<i>V. a. Beschwerden betr. das Schaldbetriebs- und Konkurswesen</i>	3	185	182	6	175	178	3	175	173	5	136	127	14	188	202	—
<i>b. Eisenbahn-, Hotel-, Gemeindef- und Banken-Sammlungen</i>	7	7	9	5	6	10	1	6	4	3	3	5	1	2	3	—
<i>VI. Freiwillige Gerichtsbank</i>	1	3	4	—	1	1	1	4	4	1	3	3	1	7	8	—
Total	344	2098	2046	397	2302	2267	433	2270	2299	404	2258	2214	448	2319	2376	391

## B. Spezieller Teil

### I. Zivilrechtspflege

Eine Übersicht über die Zivilsachen, mit denen sich das Bundesgericht im Jahre 1949 zu befassen hatte, gibt folgende Tabelle:

Natur der Streitsache	Von 1948 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1950 übertragen
1. Vom Bundesgericht als einziger Zivilgerichtsstanz zu beurteilende Streitsachen (Art. 41 und 42 OG). . . . .	16	9	25	14	11
2. Berufungen (Art. 43 f. OG). . . . .	83	393	476	418	58
3. Nichtigkeitsbeschwerden (Art. 68 OG) .	4	7	11	9	2
4. Revisions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren . . . . .	5	11	16	12	4
5. Rekurse in Enteignungssachen. . . . .	18	10	28	18	10
Total	126	430	556	471	85

Von den Berufungen wurden 229 abgewiesen, 46 ganz oder teilweise gutgeheissen, 60 durch Rückzug oder Vergleich erledigt, auf 64 wurde nicht eingetreten und 19 Fälle wurden an die Vorinstanz zurückgewiesen.

Von den 58 auf 1950 übertragenen Berufungen stammen 3 aus dem Jahre 1948; die übrigen sind im Berichtsjahre eingegangen (davon 45 in den Monaten November und Dezember).

### II. Strafrechtspflege

a. Die Anklagekammer hatte sich mit 52 Fällen (Vorjahr 51) zu befassen, wovon vier aus dem Jahre 1948, nämlich mit der Aufsicht über 4 Voruntersuchungen, d. h.

dem Fall Vitianu Solvan und Renée wegen Wirtschaftsspionage usw.;

dem Fall Métry Charles und Konsorten wegen Ausstellung falscher Affidavits;

dem Fall Renaud Charles und Konsorten wegen Betrug, Urkundenfälschung usw.;

dem Fall Reyrenn Fernand und Konsorten wegen Ausstellung falscher Domizilbescheinigungen;

die Erledigung von 2 dieser Fälle wurde auf das Jahr 1950 übertragen.

45 Gerichtsstandsstreitigkeiten: 33 Gerichtsstandsstreitigkeiten unter Behörden zweier oder mehrerer Kantone (Art. 264 BStP); in 12 Fällen erfolgte

die Festsetzung des Gerichtsstandes auf Begehren einer Partei; die Erledigung von 4 Begehren wurde auf das Jahr 1950 übertragen.

- 1 Streitigkeit betreffend Entschädigung und Genugtuung.
- 2 Streitigkeiten wegen säumiger Untersuchungshandlungen.

b. Das Bundesstrafgericht hat den Fall Vitianu Solvan und Renée betreffend verbotene Handlungen für einen fremden Staat in einer sechzehntägigen Sitzung beurteilt.

5 Begehren um Löschung im Strafregister gemäss Artikel 41, Ziffer 4, StGB wurden gutgeheissen.

Auf ein Gesuch um Wiederaufnahme des Verfahrens wurde nicht eingetreten.

Ein Gesuch um Akteneinsicht wurde abgewiesen.

Auf eine Beschwerde wegen amtsmissbräuchlicher Entstellung und Abweisung einer Strafklage wurde nicht eingetreten.

Der Fall Métry Charles und Konsorten betreffend Ausstellung falscher Affidavits ist auf das Jahr 1950 übertragen worden.

c. Kassationshof. Die Zahl der anhängigen Geschäfte betrug 528 (im Vorjahr 488), wovon 49 aus dem Jahre 1948.

Davon wurden erledigt:

durch Gutheissung der Beschwerde . . . . .	52	
» Abweisung der Beschwerde . . . . .	221	
» Nichteintreten . . . . .	147	
» Rückzug . . . . .	50	470
Unerledigt blieben . . . . .		<u>58</u>
		<u>528</u>

Ausser diesen Geschäften hat der Kassationshof 87 staatsrechtliche Fälle (wovon 8 aus dem Vorjahre) übernommen. Davon wurden 81 beurteilt und 6 auf das neue Jahr übertragen.

Von den insgesamt 551 erledigten Geschäften wurden gemäss Artikel 275<sup>bis</sup> BStP und Artikel 92 OG 359 vom Dreierausschuss des Kassationshofes behandelt.

Die 58 auf 1950 übertragenen Geschäfte sind mit einer Ausnahme im Berichtsjahr eingegangen, 30 davon im Monat Dezember.

d. Ausserordentlicher Kassationshof.

Im Berichtsjahr sind 3 Geschäfte eingegangen. Zwei wurden durch Abweisung erledigt. Ein Geschäft ist auf das neue Jahr übertragen worden.

## III. Staatsrechtspflege

Die im Jahre 1949 beim Staatsgerichtshof anhängig gewesenen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Übertragen aus dem Vorjahre	Neu eingegangen	Total	Erliegt	Auf 1950 übertragen
1. Kompetenzkonflikte zwischen Bundesbehörden und kantonalen Behörden (Art. 83 a OG) . . . . .	1	2	3	3	—
2. Streitigkeiten zwischen Kantonen (Art. 83 b OG) . . . . .	1	3	4	2	2
3. Streitigkeiten zwischen Vormundschaftsbehörden verschiedener Kantone (Art. 83 e OG) . . . . .	—	2	2	2	—
4. Beschwerden von Privaten und Korporationen (Art. 84 a OG) . . . . .	165	855	1020	856	164
5. Beschwerden wegen Verletzung von Konkordaten (Art. 84 b OG) . . . . .	—	1	1	1	—
6. Beschwerden wegen Verletzung von Staatsverträgen mit dem Ausland (Art. 84 c OG) . . . . .	—	2	2	2	—
7. Beschwerden wegen Verletzung bundesrechtlicher Vorschriften über die Zuständigkeit der Behörden (Art. 84 d OG)	1	1	2	2	—
8. Beschwerden betreffend die politische Stimmberechtigung und betreffend kantonale Wahlen und Abstimmungen (Art. 85 a OG) . . . . .	1	8	9	8	1
9. Einsprachen gegen Auslieferungsbegehren fremder Staaten . . . . .	—	3	3	3	—
10. Revisions- und Erläuterungsbegehren .	4	10	14	11	3
Total	173	887	1060	890	170

Von den auf 1950 übertragenen Geschäften stammen: eines aus dem Jahre 1934, 5 aus dem Jahre 1945, 9 aus dem Jahre 1946, 11 aus dem Jahre 1947, 6 aus dem Jahre 1948. Die übrigen sind im Geschäftsjahre eingegangen (davon 84 in den Monaten November und Dezember).

Von den 856 Beschwerden von Privaten und Korporationen (Ziff. 4 obiger Tabelle) sind 194 durch Nichteintreten, 80 durch ganze oder teilweise Gutheissung und 422 durch Abweisung erledigt worden; 160 sind zurückgezogen worden oder konnten als gegenstandslos abgeschrieben werden.

273 Fälle wurden durch den gemäss Artikel 92 OG eingesetzten Ausschuss von drei Mitgliedern erledigt, ferner 85 Fälle von der I. Zivilabteilung, 108 Fälle von der II. Zivilabteilung und 81 Fälle vom Kassationshof.

Wegen mutwilliger Beschwerdeführung bzw. Verletzung des durch die gute Sitte gebotenen Anstandes wurden 8 Beschwerdeführern bzw. Anwälten Ordnungsbussen auferlegt bzw. Rügen erteilt.

Vom Präsidenten der staatsrechtlichen Kammer waren 155 Begehren um Erlass vorsorglicher Verfügungen im Sinne von Artikel 94 OG zu behandeln.

14 Fälle gaben Anlass zu einem Meinungsaustausch mit dem Bundesrat und den Departementen über die Kompetenzfrage (Art. 96 OG).

#### IV. Verwaltungsrechtspflege

Die im Jahre 1949 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Übertragen aus dem Vorjahre	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1950 übertragen
I. <i>Beschwerden betreffend bundesrechtliche Abgaben (Art. 97 und 98 OG)</i> . . .	43	182	225	178	47
II. <i>Beschwerden gemäss Art. 99 OG:</i>					
1. <i>Registersachen:</i>					
a. <i>Patent- und Markenrecht.</i> . . .	2	8	10	8	2
b. <i>Handelsregister</i> . . . . .	2	15	17	14	3
c. <i>Grundbuch</i> . . . . .	1	7	8	7	1
d. <i>Zivilstand</i> . . . . .	1	4	5	4	1
2. <i>Stiftungsaufsicht</i> . . . . .	—	2	2	1	1
3. <i>Zollsachen</i> . . . . .	2	4	6	4	2
4. <i>Fabrik- und Gewerbewesen</i> . . . . .	10	3	13	12	1
5. <i>Sozialversicherung</i> . . . . .	—	3	3	2	1
6. <i>Post, Telephon und Telegraph.</i> . . . .	—	1	1	1	—
7. <i>Schweizerbürgerrecht</i> . . . . .	5	3	8	7	1
8. <i>Weitere Fälle (Art. 100 OG)</i> . . . . .	1	8	9	8	1
III. <i>Vermögensrechtliche Ansprüche:</i>					
a. <i>gegen den Bund (Art. 110 OG)</i> . . . . .	6	7	13	10	3
b. <i>aus dem Bundesbeamtenverhältnis (Art. 110 a OG)</i> . . . . .	—	4	4	3	1
c. <i>aus Haftung für Unfälle infolge militärischer Übungen (Art. 110 b OG)</i> . . . . .	4	—	4	4	—
IV. <i>Anstände über Befreiung von kantonalen Abgaben (Art. 111 a OG)</i> . . . . .	2	4	6	4	2
V. <i>Anstände zwischen Kantonen über Bundessteuern (Art. 111 b OG)</i> . . . . .	—	1	1	1	—
VI. <i>Andere verwaltungsrechtliche Streitigkeiten (Art. 111 i OG)</i> . . . . .	—	1	1	—	1
VII. <i>Disziplinarrechtspflege (Art. 117 ff. OG)</i> . . . . .	1	6	7	5	2
VIII. <i>Revisionsbegehren</i> . . . . .	—	2	2	2	—
<b>Total</b>	<b>80</b>	<b>265</b>	<b>345</b>	<b>275</b>	<b>70</b>

Von den 345 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten sind erledigt worden durch:

Nichteintreten . . . . .	15	
Rückzug oder Vergleich . . . . .	69	
Gutheissung . . . . .	63	
Abweisung . . . . .	128	275
Übertragung auf das Jahr 1950 . . . . .		<u>70</u>
		<u>345</u>

Von den übertragenen Geschäften stammen 2 aus dem Jahre 1948 und die übrigen aus dem Jahre 1949 (davon 36 aus den Monaten November und Dezember).

### V. Schuldbetreibung und Konkurs

Die Gesamtzahl der hängigen Beschwerden und Rekurse betrug 202 (61 mehr als im Vorjahre); davon sind 14 vom Vorjahre übernommen worden. Sämtliche Fälle wurden im Berichtsjahre erledigt, wie folgt:

durch Nichteintreten . . . . .	22
» Rückzug oder Gegenstandslosigkeit . . . . .	4
» ganze oder teilweise Gutheissung . . . . .	46
» Abweisung . . . . .	130
	<u>202</u>

Inspektionen wurden keine vorgenommen.

Über die fakultative Einführung des Kartensystems für das Betreibungsbuch hat die Kammer dem Gesamtgericht den Erlass eines Kreisschreibens beantragt (das oben unter A vermerkt ist).

Die Kammer hat die von der Aufsichtsbehörde von Basel-Stadt am 1. Juni 1948 erlassenen Weisungen für die Bemessung der Gebühren nach Art. 10, 33 und 67 des eidgenössischen Tarifs zum SchKG zur Kenntnis genommen und dazu bemerkt, nach Artikel 10 und 67 des Tarifs sei die Gebühr in jedem Falle von der Aufsichtsbehörde selbst festzusetzen, und dabei dürfe der Schätzwert oder Erlös nicht den einzigen oder auch nur hauptsächlichen Maßstab bilden.

Aus den Bescheiden an eidgenössische und kantonale Behörden sei folgendes erwähnt:

Laut Auskunft des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements können seit Juli 1948 Betreibungsurkunden wiederum nach der britisch-amerikanischen Besetzungszone Deutschlands zugestellt werden, und zwar direkt durch Vermittlung der zuständigen deutschen Behörden. In der französischen Zone haben sich keine Schwierigkeiten gezeigt. Für die russische Zone liegen keine sichern Aufschlüsse vor. Die Verordnung Nr. 1 zum SchKG vom 18. Dezember 1891 (Formulare und Register) ist zufolge der seitherigen

Ausgestaltung des Formularwesens in manchen Teilen hinfällig geworden. Die Kammer hat zuhanden der bereinigten Sammlung der Gesetze von 1848—1947 die erforderlichen Streichungen und Anmerkungen vorgenommen. Der Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale ist mitgeteilt worden, die Ausgabe von 1934 des Verzeichnisses der schweizerischen Betreibungs- und Konkurskreise dürfe nurmehr mit Anmerkung der seither eingetretenen Änderungen abgegeben werden. Allenfalls ist eine Neuausgabe herzustellen. Das zürcherische Obergericht hält es für zweckmässig, den einzelnen Betreibungsämtern statt des ganzen Handelsamtsblattes bloss jeweilen einen sie betreffenden Auszug zustellen zu lassen. Die Kammer hat dies (unter Vorbehalt der Zustimmung des Bundesrates, weil von Artikel 3 der Verordnung über das SHAB abweichend) als dem Zwecke von Artikel 15, Absatz 4, SchKG genügend bezeichnet. Voraussetzung sei aber, dass die Auszüge alltäglich in zuverlässiger Weise erstellt und unverzüglich versandt werden sowie jeweilen das Datum der ersten Veröffentlichung im SHAB enthalten. Die Anregung des zürcherischen Regierungsrates, die Nachschlagung des SHAB und die Erstellung und Versendung der für die einzelnen Betreibungsämter bestimmten Auszüge sei der Bundesgerichtskanzlei für die ganze Schweiz aufzugeben, hat dagegen als undurchführbar abgelehnt werden müssen.

#### *Eisenbahn- und Gemeindesamierungen*

Im Berichtsjahre waren 2 Gesuche um Einberufung von Gläubigerversammlungen nach der Verordnung betreffend die Gläubigergemeinschaft bei Anleiensobligationen hängig, und zwar:

1 Gesuch einer Eisenbahngesellschaft und 1 Gesuch einer Gemeinde.

Die Beschlüsse der Gläubigerversammlungen der Gemeinde sind im Laufe des Geschäftsjahres von der II. Zivilabteilung genehmigt worden. Das Gesuch der Eisenbahngesellschaft ist durch Rückzug erledigt worden.

Ein aus dem Vorjahre übernommenes Gesuch einer Eisenbahngesellschaft um Durchführung des Nachlassverfahrens ist im Berichtsjahre erledigt worden.

Natur der Streitsache	Gesamtzahl der erledigten Geschäfte	Dauer der Geschäfte								Mittlere Dauer von der Erledigung bis zur Zustimmung des Urteils bzw. Beschlusses
		bis 1 Monat (= 30 Tage)	1 bis 3 Monate	3 bis 6 Monate	6 Monate bis 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Grösste Dauer	Mittlere Dauer	
								Jahre	Monate	Tage
<i>I. Zivilsachen:</i>										
1. Erst- und letztinstanzliche Prozesse . . . . .	14	—	1	2	2	5	4	3	7	17
2. Berufungen . . . . .	418	125	207	75	11	—	—	1	—	12
3. Nichtigkeitsbeschwerden	9	4	5	—	—	—	—	—	3	40
4. Revisionsbegehren, Er-läuterungsbegehren und Moderationsgesuche . . .	12	2	6	—	4	—	—	—	11	27
5. Expropriationen . . . . .	18	3	1	3	7	1	3	3	—	31
<i>II. Strafsachen</i> . . . . .	527	360	109	53	5	—	—	—	9	15
<i>III. Staatsrechtliche Streitigkeiten</i>	890	363	391	116	18	2	—	1	4	18
<i>IV. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten</i> . . . . .	275	34	95	103	36	6	1	4	—	27
<i>V. Beschwerden betr. Schuld-betreibungs- und Konkurs-wesen</i> . . . . .	202	178	22	2	—	—	—	—	3	20
Total	2365	1069	837	354	83	14	8	—	—	—

**VI. Eidgenössische Schätzungskommissionen**

- Kreis I: Von 15 Geschäften (9 SBB, 1 PTT, 2 elektrische Anlagen, 3 Schiessplätze) wurden 12 erledigt.
- Kreis II: Von 7 Geschäften (1 SBB, 2 militärische Anlagen, 4 elektrische Anlagen) wurden 4 erledigt.
- Kreis III: Von 11 Geschäften (2 SBB, 1 Privatbahn, 5 militärische Anlagen, 3 elektrische Anlagen) wurden 4 erledigt.
- Kreis IV: Von 6 Geschäften (2 Privatbahnen, 2 militärische Anlagen, 2 elektrische Anlagen) wurden 4 erledigt.
- Kreis V: Von 9 Geschäften (6 militärische Anlagen, 3 elektrische Anlagen) wurden 5 erledigt.
- Kreis VI: Von 5 Geschäften (1 PTT, 4 elektrische Anlagen) wurden 2 erledigt.
- Kreis VII: Von 9 Geschäften (2 militärische Anlagen, 7 elektrische Anlagen) wurden 3 erledigt.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Lausanne, den 6. Februar 1950.

Im Namen des Schweizerischen Bundesgerichts,

Der Präsident:

**Blocher**

Der Gerichtsschreiber:

**Heiz**

---